



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 6. Februar 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*55. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 5. Februar 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm **Berichte des Innenministeriums zur Sportministerkonferenz vom 12. bis 13. September 2013 in Wiesbaden** auf Antrag der Abg. Petra Nicolaisen, [Umdruck 18/2093](#), und über die **Ergebnisse der Innenministerkonferenz im Dezember 2013** auf Antrag des Abg. Dr. Breyer, [Umdruck 18/2305](#), entgegen. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Die Ausschussmitglieder beschäftigten sich mit der **Prüfung der Einführung von lokalem Hörfunk in Schleswig-Holstein** auf der Grundlage eines Gutachtens der MA HSH, [Umdruck 18/2013](#), und führten hierzu ein Gespräch mit dem Direktor der MA HSH und Vertretern der Staatskanzlei.

Nach einer inhaltlichen Beratung schloss der Ausschuss seine Befassung mit dem Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Einheitliche Kennzeichnung bei Scripted Reality Formaten**, [Drucksache 18/1477](#), und zu dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1505](#), ab. Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der Stimmen von CDU und FDP die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1505](#). Den Antrag der Regierungskoalition, [Drucksache 18/1477](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der Stimmen von CDU und FDP dem Landtag zur Annahme.

Der Ausschuss nahm außerdem einen **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Rundfunkbeitrag** entgegen.

Die Ausschussmitglieder schlossen nach einer inhaltlichen Aussprache auch ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Informationsfreiheit im NDR-Staatsvertrag regeln**, [Drucksache 18/1288](#), ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der Stimme der FDP, empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag in der [Drucksache 18/1288](#), abzulehnen.

Auch die Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung disziplinarrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 18/1110](#), wurden abgeschlossen. Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Als Termin für die mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf über den **Vollzug des Jugendarrestes in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/891](#), legte der Ausschuss den 12. März 2013 fest. Der Kreis der Anzuhörenden soll bis zum 7. Februar 2014 zwischen den justizpolitischen Sprechern auf der Grundlage der Benennungen, [Umdruck 18/2326](#), festgelegt werden.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Bericht der Landesregierung, **Attraktivität der Landespolizei erhalten**, [Drucksache 18/1432](#), und zum **Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation und zur weiteren Entwicklung des Digitalfunks in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1433](#), in einer ihrer nächsten Sitzung den Innenminister in den Ausschuss einzuladen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**, [Drucksache 18/1467](#), beschloss der Ausschuss, zunächst die weiteren Beratungen in den beteiligten Ausschüssen, dem Finanzausschuss und dem Sozialausschuss, abzuwarten.

Nach mehrheitlicher Ablehnung des Vorschlags, sofort eine schriftliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU, **Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltschaftlicher Organisation ermöglichen**, [Drucksache 18/1422](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), durchzuführen, beschloss der Ausschuss mehrheitlich, zunächst in einer seiner nächsten Sitzungen das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa einzuladen und die Vorstellungen der Landesregierung bezüglich einer Justizreform vorstellen zu lassen.

Zum Bericht der Landesregierung - **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014**, [Drucksache 18/1431](#), empfahl der Ausschuss dem federführenden Europaausschuss einstimmig, dem Landtag die Kenntnisnahme zu empfehlen.

Zu folgenden Vorlagen wurde die Durchführung schriftlicher Anhörungen beschlossen:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1445](#)
- **Gesetz zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1472](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofs**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1480](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes und weiterer Gesetze**
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/1469](#)

Zu allen Vorlagen wurden die Fraktionen gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses zu benennen.

Zum **Gesetzentwurf zur Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein** der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/385](#), legte der Ausschuss fest, zusätzlich zur bereits durchgeführten schriftlichen Anhörung noch eine mündliche Anhörung durchführen zu wollen. Auch hier sollen die Anzuhörenden der Fraktionen innerhalb von zwei Wochen benannt werden.

Den auf der Tagesordnung vorgesehenen **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa zum Justiz-IT-Gesetz**, Antrag des Abg. Dr. Breyer, [Umdruck 18/2305](#), vertagte der Ausschuss auf seine kommende Sitzung.

Mehrheitlich beschloss der Ausschuss, sich nicht im Wege der Selbstbefassung mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Verschwendung öffentlicher Mittel bestrafen**, [Drucksache 18/1344](#), zu befassen.

Terminplanung

5. März 2014	10 Uhr	Mündliche Anhörung zum Spielbankgesetz und Spielhallengesetz (gemeinsame Sitzung u. a. mit dem Wirtschaftsausschuss)
	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
12. März 2014	14 Uhr	Mündliche Anhörung zum Jugendarrestvollzugsgesetz

Schluss: 17:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder